

Die Kundgebung aus Straßburg.

Bei Beurtheilung der von altstraßburger Bürgern an den Reichskanzler gerichteten Zuschrift hat die öffentliche Meinung in Deutschland von vorn herein den richtigen Standpunkt gefunden. Ein Gefühl freudiger Genugthuung ist wohl berechtigt, wenn aus der Mitte einer Bevölkerung, in welcher reichs- und deutschfeindliche Bestrebungen noch immer einen empfänglichen Boden finden, sich die Stimme unabhängiger und achtbarer Männer vernehmen läßt, um dem leitenden Staatsmann Deutschlands ihre Wünsche für den Aufschwung der elsässischen Hauptstadt mit dem Ausdruck vollen Vertrauens kundzugeben. Andererseits hat kein unbefangener Beobachter der thatsächlichen Verhältnisse den Gedanken aufkommen lassen, daß eine solche Kundgebung als ein völliger Umschwung des öffentlichen Geistes in den neuen Reichslanden zu deuten sei und eine baldige Bekehrung selbst derjenigen Kreise in Aussicht stelle, die bisher gegen die neue Ordnung der Dinge eifrig Krieg geführt haben.

Die Vorgänge innerer Volksentwicklung vollziehen sich nach den Gesetzen, welche für das organische Leben maßgebend sind, d. h. nicht sprungweise, sondern unter dem allmählig reichenden Einfluß der Zeit. Auch an die Uebergangszustände in Elsaß-Lothringen darf man nicht mit ungeduldigen Erwartungen herantreten. Die deutsche Nation hat ehemalige Glieder ihres alten Reichskörpers wiedergewonnen und darf sich der festen Zuversicht hingeben, daß dieselben ihr fortan untrennbar verbunden bleiben; aber sie muß in Ruhe den Zeitpunkt erwarten, wo ihr der Genuß voller freudiger Lebensgemeinschaft mit den durch ungünstige Verhältnisse entfremdeten Brudervölkern zu Theil werden wird. Ein plötzliches Umschlagen der Stimmungen verfließe gegen den natürlichen Lauf der Dinge, namentlich von Seiten einer Bevölkerung, die gerade, weil sie sich durch Zähigkeit ihrer Auffassungen und Festigkeit ihrer Neigungen auszeichnet, thatsächlich dafür Zeugniß ablegt, daß sie trotz vielfähriger politischer Verbindung mit Frankreich die eigenthümlichen Grundzüge des deutschen National-Charakters bewahrt hat.

Einer aufrichtigen und dauernden Wandelung der Gefühle soll zunächst die klare Einsicht in die thatsächlichen Verhältnisse und in die Bedürfnisse des Heimathlandes den Weg bahnen. In erster Linie muß die Ueberzeugung sich fest einwurzeln, daß die Vereinbarungen des Frankfurter Friedens nicht als eine den Zufälligkeiten des Augenblicks entsprechende diplomatische Abmachung zu gelten haben, sondern als das Ergebnis einer weltgeschichtlichen Auseinandersetzung zwischen zwei großen Nationen, als ein Ergebnis, das nach aller menschlichen Berechnung einen endgültigen Abschluß bildet. Wenn diese Ueberzeugung erst in weiterem Umfange Boden gefaßt hat, dann wird auch leicht die Erkenntniß sich Bahn brechen, daß die neuen Reichslande von dem Anschluß an Deutschland ein kräftigeres Gedeihen und eine bedeutsamere Stellung zu erwarten haben, als wenn ihr Geschick mit dem tiefzerrütteten Frankreich verbunden geblieben wäre. Es bleibt dann freilich zu wünschen, daß zu dem Schritte von der richtigen Erkenntniß bis zum offenen Bekenntniß der Muth nicht fehlen möge.

Als ein Anzeichen gesunder Einsicht und ernstern Willens hat die straßburger Adresse augenscheinlich einen nicht zu unterschätzenden Werth. Es fällt bedeutungsschwer in das Gewicht, wenn hervorragende Männer des straßburger Bürgerstandes den Verdiensten der Reichsregierung um die Ausgleichung der durch den Krieg entstandenen Schäden ein dankbares Zeugniß ausstellen und sich verpflichtet erklären, das ihnen von Deutschland gebotene Gute rückhaltlos anzuerkennen. Im Hinblick auf das Ergebnis der jüngsten Reichstagswahlen und auf das Verhalten der elsäß-lothringischen Abgeordneten giebt die Adresse offen dem Bedauern Ausdruck, daß Elsaß-Lothringen einer wirklichen Vertretung im Reichstag zur Zeit entbehrt. An diese vollkommen berechnete Beschwerde über ein ebenso unfruchtbares, wie hartnäckiges Widerstreben gegen die neue Ordnung der Dinge schließen sich folgerichtig die Erklärungen an, durch welche die Unterzeichner der Adresse bei ihren Wünschen

für Verbesserung der heimischen Zustände den dauernden Zusammenhang mit Deutschland als natürliche Voraussetzung gelten lassen und die Förderung ihres Wohles vertrauensvoll in die Hand des Reichskanzlers legen, den sie als den bedeutendsten und unermüdetsten Vertreter ihrer Wünsche und Beschwerden bezeichnen.

Könnten übrigens der Sinn und die Bedeutung der straßburger Adresse noch einem Zweifel unterliegen, so ist der Eindruck, den die Zuschrift in allen deutschfeindlichen Kreisen gemacht hat, vollkommen geeignet, den Vorhang in das rechte Licht zu setzen. Alle Gegner Deutschlands und der nationalen Politik betrachten das grollende und widerstrebende Elsaß-Lothringen als einen besonders nuzbaren Bundesgenossen und als einen Hauptstützpunkt für ihre Wühlereien. Sie finden natürlich ihre Berechnungen durch jedes Ereigniß durchkreuzt, aus welchem erbellt, daß die Entfremdung der neuen Reichslande von Deutschland zu schwinden beginnt. Deshalb erschöpfen sie sich in Anstrengungen, um den Werth der straßburger Kundgebung herabzusetzen, und glauben das öffentliche Urtheil irre leiten zu können, indem sie hervorheben, daß einzelne Unterzeichner der Adresse mit dem Vortlaut der darin niedergelegten Erklärungen nicht einverstanden waren, und daß dieselbe lediglich aus dem Kreise der sogenannten elsässischen Partei hervorgegangen ist, welcher es nicht gelang, bei den Reichstagswahlen eine erfolgreiche Wirksamkeit zu üben. Damit ist aber für die Zwecke der Opposition Nichts gewonnen. Durch den Widerspruch vereinzelter Stimmen gegen die Fassung der an den Fürsten Bismarck gerichteten Zuschrift wird an der Bedeutung der Adresse Nichts gemindert, und es hat wohl kein Verständiger vorausgesetzt, daß die Kundgebungen des Vertrauens für den Reichskanzler und der Anerkennung für die Verdienste der Reichsregierung aus dem Lager der Franzosenfreunde und Jesuiten kommen.

Es genügt zur Beurtheilung der Sachlage, daß eine im Kern der elsässischen Bevölkerung wurzelnde Partei mit richtigem Verständniß für die wahren Interessen des Heimathlandes sich so entschieden von allen Bestrebungen losragt, welche zu der nationalen Entwicklung Deutschlands in unversöhnlichem Gegensatz stehen, und ihre Hoffnungen für zukünftiges Gedeihen und Emporblühen auf dem thatsächlichen Boden der gegenwärtigen Reichsverhältnisse aufbaut. Wenn diese Partei bisher noch nicht stark und entschlossen genug war, um erfolgreich in die Wahlkämpfe einzugreifen, so hat sie doch durch Bildung, Besitz und Einfluß alle Anwartschaft, daß ihr mehr und mehr die Führung der Geister in Elsaß-Lothringen zufallen werde. Es ist ihre schöne Aufgabe, den Anschluß der neuen Reichslande an Deutschland zu erleichtern und den wohlwollenden Absichten der Reichsbehörden entgegen zu kommen, deren Fürsorge für das Wohl Elsaß-Lothringens sich um so ernster und wirksamer erweist, als sie sich weder durch günstige Anzeichen zu übertriebenen Erwartungen verleiten, noch durch widerstrebende Kundgebungen in eine verbitterte Stimmung hineintreiben lassen.

Christenthum und Kirche.

Ein großer Theil der deutschen Presse hat, besonders im Hinblick auf die kirchlichen Bewegungen der jüngsten Vergangenheit, der Feier des Pfingstfestes ernste Betrachtungen über religiöse Fragen gewidmet. Nachstehendes ist einem trefflichen Aufsatz der berliner Zeitung »Post« entnommen:

»Pfingsten, das Fest des Geistes, ist das Geburtsfest der Kirche. Ströme des Lebens sind von der Kirche ausgegangen durch alle die Jahrhunderte ihrer gefaltreichen Entwicklung bis auf den heutigen Tag. Die ganze höhere Kultur des christlichen Theils der Menschheit ruht auf den Prinzipien eines höheren, geistigen Lebens, welche in der Kirche ursprünglich thätig gewesen sind und bis heute fortwirken.

Es ist gerade jetzt eine dringliche Pflicht, der segensreichen Bedeutung, die die Kirche für den Kulturfortschritt der Menschheit und für die sittliche Erziehung der Einzelpersönlichkeit beileihen hat und noch besitzt, sich mit dankbarer Pietät zu erinnern. Der Kampf, den der moderne Staat in einem so großen Theile der christlichen Welt, insbesondere in unserem Vaterlande gegen die staatswidrigen An-